



Bärbl Mielich

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Gesundheitspolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion

Bärbl Mielich MdL, Haslacher Str. 61, 79115 Freiburg

BI Rettungsdienst
z.Hd. Joachim Spohn
Untere Halde 9
70771 Leinfelden-Echterdingen

Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 STUTTGART
Telefon (0711) 2063-654
Telefax (0711) 2063-660
baerbl.mielich@gruene.landtag-bw.de

Abgeordnetenbüro
Haslacherstr.61
79115 Freiburg
Telefon (0761) 480 86 27
Telefax (0761) 7 54 05
mielich@gruene-bw.de

Freiburg, 13.12.2010

Stellungnahme GRÜNE

Leitstellenstruktur der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr in Baden-Württemberg

Sehr geehrter Herr Spohn,

haben Sie besten Dank für die Übermittlung Ihrer Position und der beigefügten Materialien und Beispiele zu den Defiziten der derzeitigen Leitstellenstruktur in Baden-Württemberg. Gerne nehme ich für meine Fraktion Stellung zu Ihrem Anliegen in Sachen Neustrukturierung Integrierte Leitstellen.

Ziel der Novellierung des Rettungsdienstgesetzes (RDG) des Landes im November 2009 war die verbindliche Regelung der Ausbildung des im Rettungsdienst tätigen Personals und der NotärztInnen, die Qualitätssicherung der Notarztversorgung und die Verbesserung der Notfallversorgung im ländlichen Raum.

Die Grünen begrüßen diese Zielsetzung, halten die Instrumente zur Umsetzung und die etablierten Strukturen allerdings für unzureichend.

In allen Landesteilen verschlechtert sich die Situation der Notfallversorgung. Statt einen grundlegenden Systemwechsel in der Struktur der Notfallversorgung vorzunehmen, bleibt die Trägerschaft des Rettungsdienstes unverändert ausschließlich den privaten Hilfsorganisationen, und unter diesen wiederum zum übergroßen Teil dem DRK überlassen. Damit ist der Rettungsdienst in Baden-Württemberg zwar der billigste, aber auch der einzige, der nicht qualitätsgesichert ist.

Die in Ihrem Schreiben zusammengefassten Defizite hinsichtlich der Intransparenz bei der Berechnung der Hilfsfristen auf der einen und der flächendeckenden Einführung Integrierter Leitstellen auf der anderen Seite sind uns bekannt und geben auch uns nach wie vor Anlass zur Sorge und Kritik.

Bereits bei Einbringung des RDG in den Landtag haben wir durch mehrere Änderungsanträge versucht, unsere Forderungen einfließen zu lassen und einen Strukturwandel einzuleiten.

Grüne Forderungen

Der Rettungsdienst im Land braucht Qualitätssicherung mit transparenten und effizienten Strukturen.

Wir wollen einen grundsätzlichen Strukturwandel durchsetzen

1. Die Leitstellen werden nicht nur integriert, sondern als **bereichsübergreifende integrierte Leitstellen** organisiert.
2. **Reduktion von derzeit 37 Leitstellen** mit Bereichsgrenzen auf bereichsübergreifende Leitstellen. Dadurch Effizienzsteigerung der Notfalleinsätze und Sicherung von Qualität und Einsatzfristen.
3. **Veränderung der Trägerorganisationen:** Überführung in eine öffentlich-rechtliche Organisation mit kommunaler Zuständigkeit und gleichzeitiger Installierung eines Qualitätsmanagements.
4. **Implementierung eines Ärztlichen Leiter Rettungsdienst (ÄLRD)**, der verantwortlich ist für
 - die gesamte medizinische Planung und Überwachung,
 - Beratung bei Auswahl von Medikamenten, Medizintechnik, Ausrüstung,
 - Kontrolle und Einhaltung der Hilfsfristen,
 - Zertifizierung der Kompetenz der Rettungsdienstmitarbeiter
 - Fortbildung des Personals,
 - Der ÄLRD kontrolliert die Einhaltung der vom Landesausschuss festgelegten Standards,
 - Angesiedelt ist er wie in anderen Bundesländern beim Gesundheitsamt oder Kreis, nicht bei den Rettungsdiensten selbst (etwa beim DRK).

Wir sehen die dringende Notwendigkeit, ein medizinisches Qualitätsmanagement durch einen Ärztlichen Leiter des Rettungsdienstes wie in allen anderen Bundesländern auch in Baden-Württemberg zu installieren. Außerdem dürfen die Einsätze nicht an der Bereichsgrenze enden, sondern müssen gebietsübergreifend koordiniert werden. Die historisch gewachsenen Strukturen des Rettungsdienstes im Land sind intransparent, ermöglichen keine externe Kontrolle und müssen auf den Prüfstand.

Insofern teilen wir die Kritik der Bürgerinitiative Rettungsdienst und werden uns in der nächsten Legislaturperiode für eine gesetzliche Neuregelung des Betriebs der Integrierten Leitstellen im o.g. Sinne einsetzen.

Gerne setzen wir den produktiven und kooperativen Gedankenaustausch mit Ihrer Bürgerinitiative auch nach den Landtagswahlen zum 15. Landtag von Baden-Württemberg fort. Seien Sie vergewissert, dass wir uns mit Ihnen auch weiterhin für einen transparenten, der Neutralität verpflichteten, unabhängigen und qualitätsgesicherten Rettungsdienst in Baden-Württemberg einsetzen.

Mit freundlichem Gruß

